

**Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 06. November 2012**

Vorlagen-Nr. 12-F-03-0140

**Hauptquartier US-Army in Erbenheim - Landbedarf und Anbindung  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2012**

In den kommenden Jahren wird das Hauptquartier der US-Streitkräfte von Heidelberg nach Wiesbaden verlegt. Die Amerikaner erwarten die Bereitstellung weiterer Flächen z.B. zur Errichtung einer zweiten Zufahrt zum Airfield. Der Bund beabsichtigt, dem US-Militär Flächen in der Größenordnung von 4,1 ha an der US-Liegenschaft Army Airfield nach den Bestimmungen des Landbeschaffungsgesetzes zur Verfügung zu stellen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden fordert in ihrer am 14. Dezember 2011 dazu abgegebenen Stellungnahme, dass zunächst ein Entwicklungskonzept für den Gesamtbereich des Flugplatzes vorgelegt werden muss, um mögliche Auswirkungen und Folgelasten einer Intensivierung der Nutzung einschätzen zu können. Ein solches Konzept liegt der Stadtverordnetenversammlung jedoch bis heute nicht vor. Auch wurden einige der in diesem Zusammenhang gestellten Fragen bislang nicht beantwortet.

In Anhörungsverfahren sind Bedenken vorgetragen worden, für die teilweise noch Lösungen ausstehen, darunter Fragen zu: Kampfmittelräumung, Grundwassersanierung (Altstandort „Erbenheimer Lackfabrik“), Eingriffen ins Erdreich, Vereinbarkeit mit dem Regionalem Flächennutzungsplan (regionaler Grünzug/Vorranggebiet für die Landwirtschaft).

Der Ausschuss möge daher beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten,

1. über den aktuellen Stand der Planungen für eine zweite Zufahrt zum Airfield inklusive sämtlicher bisher angedachter Varianten zu berichten.
2. über alle ihm bekannten potentiellen weiteren Flächenansprüche der Army im Bereich Erbenheim zu berichten.
3. eine öffentliche Bürger-Informationsveranstaltung einzuberufen, um die Wiesbadener Bevölkerung über die gesamte denkbare Flächeninanspruchnahme und mögliche Konsequenzen insbesondere für den Stadtteil Erbenheim im Zuge der Verlagerung des US-Hauptquartiers zu informieren.

---

**Beschluss Nr. 0190**

Der Antrag wird zuständigkeitshalber zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr überwiesen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2012

Maritzen  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2012

Dem Vorsitzenden des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .11.2012

Dezernat I  
Dezernat II  
Dezernat IV  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister